

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



Januar 2023

Warum braucht Rottenburg einen Schlachthof?

Stimmen Sie beim Bürgerentscheid am 22. Januar mit JA!

Der Stadt Rottenburg gehören das Gelände und die Gebäude vom Schlachthof in der Tübinger Straße. Seit Jahren verkommt das denkmalgeschützte Gebäude, jetzt droht ein Giebel einzustürzen. Die Stadt verletzt ihre Pflichten der Erhaltung und rechnet mit einer „groben Kostenschätzung für die Generalsanierung“ von 5,7 Mio. Euro, wovon nach Zuschüssen 3,5 Mio. Euro verbleiben.

Die Initiative rechnet für den eigentlichen Schlachthof mit ca. 1-1,5 Mio Euro. Einem künftigen Pächter droht die Stadt mit einer „künftigen Pachthöhe“ von monatlich 6.000 Euro!

Die Rottenburger Gewerbetreibenden sollen angeblich gleichzeitig mit 12 Prozent mehr Gewerbesteuer belastet werden. Das wäre die formale Umrechnung für eine Sanierung, die in einem Jahr durchgezogen würde - laut Stadt unmöglich.

Herr OB Neher ist nach eigenen Worten bereit, 500.000 Euro für eine sinnlose Planung auszugeben. Für eine etwas höhere Summe pro Jahr ist dann

aber kein Geld da? Durch die Sanierung sei der seit Jahren verschleppte Ausbau von Kitas und Schulen gefährdet - abenteuerliche Spaltungsmanöver des Bürgermeistertrios, das immer wieder so tut, als würde Geld für eine freiwillige Aufgabe rechtswidrig in Konkurrenz treten zu Pflichtaufgaben wie Schulen und Kitas! Aktuell verbucht

Finanzielle Panikmache

Das Geld ist also da und die Panikmache mit Milchmädchen-Rechnungen über den Schlachthof ist leicht zu durchschauen! Denn von Anfang an verfolgte die Verwaltungsspitze einzig das Ziel, den Schlachthof zu schließen. Angeblich hätte der Gemeinderat (GR)

bei der gescheiterten Bewerbung für die Landesgartenschau schon der Umwandlung in ein Kulturzentrum zugestimmt, so wie bei den „schwimmenden Inseln“ in der städtischen Bewerbung. Bis heute liegt dem GR keine schriftliche Vertragsvorlage über die 300.000 Euro für den seit zwei Jahren geschlossenen Schlachthof Gärtringen (wegen Vergehen gegen das Tierwohl) vor. Die Planung steht dort jetzt auf der Kippe, u.a. wegen des hohen Rückgangs der Schlachtzahlen für Schweine. Gärtringen wird aber weiterhin vom Büro Falkenstein geplant. Es ist das gleiche Büro (!), das die Stellungnahmen für die Anfragen abgab, mit denen die Stadtspitze

beim Landratsamt einen negativen Bescheid zur Genehmigungsfähigkeit nach Sanierung konstruieren wollte. Das ging für die Stadt allerdings gründlich schief. >>>



die Stadt im neuen Haushalt „deutliche Mehrerträge bei der Gewerbesteuer und bei den Schlüsselzuweisungen“ in Höhe von 5,33 Mio. Euro.

Und weiter:

Sprach-Kitas das Gebot der Stunde Seite 3

Höchste Zeit für gesunde Ernährung in unseren Kitas Seite 4/5

Bürgermeister-Affront gegen Ergenzingen Seite 6

Es war einmal ein Schänzle... Seite 8



Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Was steht auf dem Spiel?

Der Schlachthof Rottenburg ist noch der einzig verbleibende im ganzen Landkreis Tübingen. Mit kurzen Wegen und Absprachen für Viehhalter und Selbstvermarkter, mit direkter Belieferung für Metzger, für Ausbildungsplätze im Schlachthandwerk, mit der höchsten Anzahl von Zertifikaten für eine Schlachtung mit kontrolliertem Tierwohl bürgt er seit vielen Jahren mit seinem guten Ruf für Qualität. Deshalb haben 4.800 Einwohner Rottenburgs für einen Bürgerentscheid unterschrieben, darunter auch einige Vegetarier. Denn die Alternative wäre ein großindustrieller Schlachthof mit Methoden à la Tönnies. Nicht zufällig rufen CDU und SPD sowie ihre Unterstützer im Gemeinderat gemeinsam für die Schließung des Schlachthofs auf.

Zur Erinnerung: Im größten deutschen Schlachtfabrik Tönnies arbeiten 7.000 Beschäftigte. Sie werden in 12-Stunden-Schichten und 250-260 Monatsstunden Arbeit von Sub-Sub-Unternehmern mithilfe von Werkverträgen schutzlos ausgebeutet. In der Umgebung von Rheda-Wiedenbrück leben etwa 6.000 Schlachthof-Leiharbeiter aus Polen, Rumänien und Bulgarien in Sammelunterkünften. CDU-Agrarminister Peter Hauck trat anlässlich von 399 Corona-Infizierten unter den 1.100 Beschäftigten von Müller-Fleisch in Pforzheim scharf gegen ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit auf. Sigmar Gabriel (SPD) war seit Beginn der Corona-Pandemie Berater bei Tönnies.

Die CDU-SPD-Politik bedeutet industrielle Landwirtschaft mit Großschlachtbetrieben für Vieh und Geflügel zu Billigpreisen, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen für Wanderarbeiter aus Osteuropa, Logistikunternehmen für die Belieferung von Handelsketten. Mit der Billigproduktion sollen Löhne auf Kosten einer gesunden Ernährung sinken, die durch lokale Produktion eine Versorgungssicherheit gerade in Pandemie- und Kriegszeiten garantiert. Zudem kann die Lebensmittelversorgung von mehreren kleinen Schlachthöfen wesentlich besser garantiert werden, falls einer wegen Schweinepest oder wegen Miss-

wirtschaft ausfällt. Die Schließung lokaler Schlachthöfe und die Konzentration auf wenige Schlachtfabriken zieht also



einen Rattenschwanz an Fehlentwicklungen und Problemen nach sich!

Landwirtschaft als Gegner

Es ist kein Zufall, dass die Stadtverwaltung die Stadtteile mit Discounter-Filialen zugunsten von Bauernmärkten und Nahversorger zu fördern und auf



Fotos: E.Peter

Flächenversiegelung keine Rücksicht nimmt. Seit Jahren betreibt die Verwaltungsspitze auf der Jagd nach Gewerbesteuern eine landwirtschaftsfeindliche Industriepolitik. So wollte sie 26 Hektar gutes Ackerland mit Biolandwirtschaft auf dem Galgenfeld mit Gewerbe bebauen. Ähnliches sollte mit der wichtigen Fläche auf dem Flugfeld Baisingen/

Eutingen zugunsten von großen Logistikern passieren, zu der die Ortschaftsräte angeblich schon zugestimmt hätten – bis diese vehement protestierten.

Nicht anders verhält sich die Stadt bei Rebio: Für Getreidesilos auf der Riegelwiese sucht Rebio seit sieben (!) Jahren eine Erweiterung für seine vollen Silos von rund 200 Bauern – kein einziges Angebot der Stadt im Gewerbegebiet, damit weitere 1.000 Tonnen Brotgetreide in fünf neuen Silos trocken gelagert werden können, ein „Affront für die Biobauern“ (Uschi Hahn, RoPo). Dabei hatte die Landesregierung beschlossen, den Bioanteil in der Landwirtschaft auf 30 Prozent zu erhöhen.

Es ist die gleiche Denke in der Rottenburger Verwaltung wie beim Schlachthof. Oder hat jemand schon einmal eine positive Idee der Verwaltungsspitze zur Förderung unserer Landwirtschaft gehört? Scheinbar versteht OB Neher davon so viel wie bei seinem Vergleich von Kühen mit Häusern!

Gerade die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg machen deutlich, dass wir eine regionale Kreislaufwirtschaft brauchen und die Landwirtschaft in Produktion und Vertrieb gestärkt werden muss, statt sie zu zerschlagen.

Weil so viel auf dem Spiel steht, ruft **DIE LINKE** auf:

Beteiligen Sie sich beim Bürgerentscheid am 22. Januar 2023 und stimmen Sie mit

JA!



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Sprach-Kitas das Gebot der Stunde

Die Krawalle an Silvester haben deutlich gemacht, dass wir ein gesamtgesellschaftliches Problem haben. Dieses Problem ist nicht erst am 31.12. 2022 aufzutreten, sondern es ist durch Jahrzehnte des Sparens an Sozial- und Integrationsarbeit entstanden.

Statt über härtere Strafen oder Abschiebungen zu sprechen, sollten wir uns mit den Ursachen der Ausschreitungen auseinandersetzen und Lösungen finden. Diese Ursachen umfassen unter anderem mangelnde Perspektiven oder Zukunftschancen, mangelnde Integration in die Gesellschaft und das Gefühl von Unzufriedenheit oder Frustration über die aktuelle politische oder wirtschaftliche Situation. Kurz gesagt, **es geht um Chancengleichheit und die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.**

Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt werden und nicht die gleichen Möglichkeiten haben wie andere Kinder. **Sprach-Kitas vermeiden Benachteiligung und sichern allen Kindern gleiche Chancen zu.**

Ein breites Bündnis setzt sich mit Nachdruck für den Erhalt von Sprach-Kitas ein und protestiert gegen die geplante Einstellung des Bundesförderprogramms durch die Bundesregierung. Beschäftigte aus Kitas, Gewerkschaften und Elternvertreter haben in Stuttgart ihren Unmut zum Ausdruck gebracht. Sie betonen, dass die Kitas gut ausgebildete Fachkräfte benötigen, um Bildungsdefizite durch die schwierigen Corona-Jahre, bei Flüchtlingskindern, Defizite bei traumatisierte Familien und soziale Notlagen auszugleichen. Eine Marginalisierung des bisher gut funktionierenden Sprachförderprogramms würde laut Verdi-Landesbezirksleiter Martin Gross den jeweiligen Einrichtungen Rückschritte beschern und die frühkindliche Bildungsarbeit massiv verschlechtern.

Doch um was geht es genau?

Sprach-Kitas sind Kindertageseinrichtungen, die sich auf die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund konzentrieren und ihnen die Möglichkeit bieten, die deutsche Sprache zu lernen und zu verbessern. Sie werden auch als bilinguale Kitas oder Zweisprachigkeits-Kitas bezeichnet. Die Kinder in diesen Einrichtungen werden in einem sprachlichen und kulturellen Umfeld betreut, das ihnen hilft, sich in der deutschen Gesellschaft zu integrieren.

Die Förderung der deutschen Sprache ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit in Sprach-Kitas, aber sie bieten auch eine Vielzahl von Aktivitäten und Angeboten, die auf die individuellen Bedürfnisse und Interessen der Kinder abgestimmt sind. Sie dienen dazu, die Kinder in ihrer Entwicklung zu unterstützen und ihnen eine gute Basis für ihre weitere schulische und berufliche Karriere zu bieten. Kinder, die früh eine zweite Sprache lernen, beherrschen diese auch besser und sind damit besser für den Schulbesuch und das spätere Leben gerüstet.

In Baden-Württemberg gibt es insgesamt 936 Sprachkitas. Rund 9.500 Kitas im Bundesgebiet werden finanziert, um Kinder zu fördern und Fachkräfte weiterzubilden. Seit 2016 werden sie vom Bund finanziert. In Rottenburg gab es ursprünglich vier Sprachkitas: Gut-Betha, Klause, Pliksweg und Dätzweg.

Die Diskussion über die städtische Lösung für die Sprachförderung in Kitas fand statt, bevor der Ukraine-Krieg begann und die Flüchtlinge nach Baden-Württemberg kamen. Seitdem hat sich jedoch wenig getan.

Im Jahr 2020 hat die Landesregierung von Baden-Württemberg das Nachfolgemodell "Kolibri" für Kitas vorgestellt, das jedoch wegen der komplizierten und bürokratischen Antragstellung abgelehnt wurde. Oberbürgermeister Neher schlug stattdessen eine eigene städtische Lösung vor, die auf fest angestellten Fachkräften beruht, um die Sprachförderung im Kita-Alltag zu festigen. Die Landesförderung für die letzten beiden Sprachkitas in Rottenburg lief Ende Dezember 2022 aus.

Laut Haushaltsplan soll nur eine Sprachkita für die Kernstadt und 17 Stadtteile bleiben. Dieses Feigenblatt für 2.300 Kita-Plätze ist zu klein. Wir brauchen für effektive Sprachförderung mindestens vier Stellen für die Kinder und für die Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte.

Der neueste Bildungstrend der Kultusministerkonferenz des Bundes hat gezeigt, dass 20% der Grundschüler im Lesen und Schreiben und 30% im Rechnen nicht einmal die Mindeststandards erreichen.

"Wir laufen Gefahr, dass wir einen Teil der Kinder als funktionelle Analphabeten aus der Grundschule entlassen." (Kultusministerin Theresa Schopper, Bündnis90/die Grünen) Jede

Stelle, die auf kommunaler Ebene für Sprachkitas nicht bereitgestellt wird, erschwert die Arbeit in den internationalen Vorbereitungs Klassen und den normalen Grundschul-Klassen erheblich.

Um Misserfolgserlebnisse der Kinder und höhere Kosten in späteren Jahren zu vermeiden, sollten wir jetzt gemeinsam gegensteuern und mit der Sprachförderung in den entscheidenden Entwicklungsjahren vor Eintritt in die Grundschule beginnen. Dies würde die geistige Entwicklung der Kinder fördern, ihre soziale Teilhabe verbessern und zugleich die anderen Fachkräfte entlasten, da Konflikte mit Kindern häufig durch sprachliche Defizite ausgelöst werden. In dem Rottenburg diese Verantwortung wahrnimmt, kann es einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung leisten.

Sprach-Kitas bieten aber auch die Möglichkeit, die eigene Kultur und Muttersprache zu pflegen und damit die kulturelle Vielfalt zu fördern und die Integration in eine neue Kultur zu unterstützen. Kinder, die ihre Kultur und Muttersprache pflegen, entwickeln ein größeres Selbstbewusstsein und sind damit besser in der Lage, sich in der Gesellschaft zu integrieren.

Es ist an der Zeit, dass wir als Gesellschaft handeln. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie die wachsende Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund benachteiligt wird. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben, sich in der deutschen Gesellschaft zu integrieren und ihr volles Potenzial zu entfalten.

Sprach-Kitas bieten auch Vorteile für deutsche Kinder, indem sie ihnen die Möglichkeit geben, eine zweite Sprache zu lernen und ihre kulturelle Sensibilität und Toleranz zu erhöhen. Sie erweitern den Horizont der Kinder, indem sie ihnen Kontakt mit anderen Kulturen und Sprachen ermöglichen und ihnen ein Verständnis für die Vielfalt in unserer Gesellschaft vermitteln. Die Einrichtungen fördern auch den interkulturellen Austausch und tragen damit zur kulturellen Vielfalt bei. Sie verbessern die sozialen und kommunikativen Fähigkeiten der Kinder.



Isabelle Groschke

LINKE-Fraktion

Im Kreistag

Höchste Zeit für gesunde Ernährung in unseren Kita- und Schul-Mensen

DIE LINKE fordert Planung für gebührenfreie Mensen in Rottenburg

Kurz vor Weihnachten überraschte Minister Cem Özdemir die Öffentlichkeit mit seinem Plan für eine Ernährungsstrategie. Er will mit ihr eine grundlegende Umwandlung unserer Ernährung durch regional produzierte, ökologisch erzeugte Lebensmittel erreichen. Sie sollen in allen Kantinen von Schulen, Betrieben, Senioren- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern eingesetzt werden. Besonders wichtig sei eine nachhaltige Ernährung für Kinder, so dass eine kostenfreie Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen eingeführt werden soll. Als Vorbild dient Berlin, wo alle Grundschulkindern schon ein gesundes gebührenfreies Mittagessen erhalten können.

Mit dieser Transformation unserer Ernährung soll der schädliche Konsum von zu viel Fett, Zucker, Salz und Fleisch zugunsten von mehr Obst und Gemüse erreicht, die Abfälle von Lebensmitteln verringert und die Transportwege (mit ihrem hohen CO₂-Verbrauch) verkürzt werden.

Hoher Handlungsdruck

Özdemir hat Druck von allen Seiten bekommen. Die hohe Inflation von 20 Prozent bei Grundnahrungsmitteln und vor allem von Obst und Gemüse (Spiegel) führt besonders bei Geringverdienenden zu Mangelernährung: Erwachsene Hartz-IV-Bezieher haben pro Tag rund fünf Euro für Essen und Getränke zur Verfügung, Kinder im Alter zwischen sechs und 13 Jahren gerade mal 3,59 Euro. Foodwatch nennt das eine „staatlich verordnete Ernährungsarmut“.

Kindern, die in Armut aufwachsen müssen, sieht man „die schlechte Ernährung mit viel Zucker und Fertigprodukten an“, so die Rottenburger Geschäftsführerin von Mokko Catrin Kläger – gesunde Ernährung ist eine soziale Frage! Kein Wunder, dass diese Bevölkerungsgruppen am stärksten an

Übergewicht und Fettleibigkeit leiden: Rund 15 Prozent der Drei- bis Siebzehnjährigen in Deutschland sind übergewichtig, darunter knapp sechs Prozent adipös erkrankt. „Gut zwei Drittel der Männer, ungefähr die Hälfte der Frauen und fast jedes sechste Kind in Deutschland sind übergewichtig“, so Minister Özdemir. Deshalb fordert Verena Bentele, Verbandspräsidentin des VdK, seit Langem eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf frisches Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte.

Schon 2013 verursachte Adipositas in Deutschland 13 Milliarden an Krankheitskosten. Finnland hat dagegen ein umfassendes Programm gegen diese Volkskrankheit eingeführt und die Zahl dickleibiger Schulkinder halbiert, wie der Rottenburger Kinderarzt Tobias Pantalischka beim Rottenburger „Bündnis für Familien“ erklärte.

Klößners Versagen

Özdemirs Vorgängerin Julia Klößner (CDU) hatte bei Schutzmaßnahmen gegen irreführende Werbung von gesundheitsschädlichen Nahrungsmitteln für Kinder gründlich versagt. **Schon 2018 hatten über 2.000 Ärztinnen und Ärzte in einem Offenen Brief an sie Maßnahmen wie Werbeverbote, verständliche Kennzeichnung von schädlichen Nahrungsmitteln usw. gefordert – sie erhielten nicht einmal eine Antwort!**

Klößners große „Reform“ begnügte sich mit einer Ernährungsetikette („Nutri Score“), die die Konzerne nur freiwillig einführen mussten. Erst 2020 trat auf Druck von Kinderärzten eine Verordnung in Kraft, die Süßungsmittel wie Zucker, Fruchtsatz, Malzextrakt in Säuglings- und Kleinkindertees verbot. Schädlichen Zucker vor allem in „Erfrischungsgetränken“ wie Coca Cola und Fruchtsäften zu verringern, lehnte Klößner kategorisch ab und ist damit mitverantwortlich für den Anstieg der Kosten für Adipositas-Krankheiten auf 29 Milliarden Euro (2020), elf Prozent aller Gesundheitsausgaben!

Özdemirs Ernährungsstrategie setzt hoffentlich um, was der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz schon 2020 vorschlug, um Gesundheit, Soziales, Umwelt (einschließlich Klima) und Tierwohl zu einer umfassenden Transformation der heutigen Ernährung einzuleiten. Bis Ende 2023 wird eine konkrete Planung versprochen.



Biologie, Geographie Spaghetti

Länger gemeinsam lernen!
Kitas und Schulsessen gebührenfrei.

DIE LINKE.

www.bw-plus-sozial.de

Zügige Mensa-Planung nötig

Eine gesunde Ernährung unserer Kinder fängt in Kitas und Grundschulen an. Aus diesem Grund trat **DIE LINKE** in den Haushaltsberatungen für ein gebührenfreies und qualitativ gutes Mensa-Essen ein. **Ein gemeinsames, gebührenfreies Mensa-Essen stärkt den Zusammenhalt zwischen den Lernenden am Lebensort Schule und dem Unterricht am Nachmittag und grenzt niemanden aus.**

Zudem soll bis 2030 in Baden-Württemberg der Rechtsanspruch für Ganztagsunterricht an den Grundschulen umgesetzt werden. Von daher ist es wichtig, auch an die Versorgung der Kinder mit Essen zu denken. Bisher nutzen nur 20 Prozent der Grundschüler das Ganztagsangebot, ab 2029 soll jedoch jedes Grundschulkind einen Platz erhalten.

>>>

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Um niemanden von der Kita oder vom Ganztage mit Essenskosten von fünf Euro pro Essen wie in Ofterdingen abzuschrecken, muss es gebührenfrei, qualitativ gut sein und gut schmecken.

Rottenburgs Verwaltung könnte weit-sichtig handeln, da auf dem Hohenberg ohnehin eine neue Mensa für den gesamten Schulcampus geplant werden muss. Dabei sollte ein gutes Essen für alle Teil dieser Planung sein.

Ein gebührenfreies, qualitativ gutes Mensa-Essen für Kitas und Grundschulen ist nachhaltig, weil es Kindern **unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft** im frühen Alter eine gesunde Ernährung schmackhaft macht, hohe Krankheitskosten durch Fehlernährung vermeidet, Lebensmittel aus der Region benutzt, dadurch Müll, Fahrtkosten und CO-Ausstoß vermeidet.

Auch dafür ist es gut, den Rottenburger Schlachthof zu erhalten – stimmen Sie am 22. Januar mit

JA!

Dr. Emanuel Peter, DIE LINKE

Gefährlicher Zuckergehalt

Zu viel Zucker führt zu Karies und Übergewicht/Adipositas. Deshalb hat die Weltgesundheitsorganisation WHO für Kinder das Grenze von 15 Gramm pro Tag ausgegeben. Dieser Wert wird von vielen Getränken und Brotaufstrichen stark überschritten. In einem 200 ml-Glas Coca befinden sich sieben Stück Würfelzucker. In Großbritannien enthalten 100 ml Fanta 4,6 Gramm Zucker, in Deutschland fast acht Gramm. Eine Zuckersteuer, wie sie bereits erfolgreich in Großbritannien existiert, wurde von der Bundesregierung wegen der Lobbyisten der Zuckerindustrie bisher abgelehnt. So enthalten Nutella (italienischer Familienkonzern) und Milka 56 Prozent Zucker und sind somit extrem schädlich. Aber nicht nur das. Sie enthalten auf viel Fette durch Palmöl und Mineralölbestandteile MOSH, deren gesundheitliche Folgen noch nicht ausreichend untersucht sind.

Sagen wir deutlich JA !

Ab Januar 2023 beginnt der Zeitabschnitt des lauten JA in Rottenburg!

Sagen wir JA zur dringend notwendigen sozialen, ökologischen Umgestaltung der Rottenburger Kommunalpolitik. Sagen wir JA zu einer bürgernahen Verwaltung, die die Interessen der Bewohner und Wähler aufgreift und umsetzt. Ein JA zu einer lebens- und liebenswerten Stadt Rottenburg für Alle, insbesondere aber für unsere Kinder und Enkel. Sagen wir JA zu Veränderungen und Anstrengungen, um unseren Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel zu leisten. Sagen wir JA zu echter, demokratischer Bürgerbeteiligung, zu offener Diskussion. Sagen wir JA zur Anerkennung der Leistungen unterschiedlichster Berufsgruppen für die Allgemeinheit. Sagen wir JA zur Zukunftssicherung der jetzigen Kindergar-

ten- und Schülergeneration, ja zu bester Bildung für alle und sagen wir JA zu der notwendigen Versorgung mit Nahrung und Lebensraum für sie. Sagen wir JA zu einer echten Willkommenskultur gegenüber allen Geflüchteten. Sagen wir JA zur Stärkung unserer Demokratie. Sagen wir JA zu personeller Veränderung an der Stadtspitze und in den Gremien.

Beginnen wir mit einem deutlichen JA zum Erhalt des Rottenburger Schlachthofes im Januar 2023!

Gastbeitrag von Dietmar Miller

Kurz und bündig
B 28 neu

Der Neubau der Bundesstraße B 28 zwischen Rottenburg und Tübingen hat bisher 40 Hektar neue Flächen versiegelt und 56,3 Mio. Euro verschlungen. Nicht einberechnet sind der Anschluss an die B 28 neu in Rottenburg von Weiler und von Kiebingen her. Hinzu kommt der dreispurige Ausbau der B 28 zwischen Rottenburg und Seeborn, den das Regierungspräsidium plant. Er wird große Einbußen für die Gärtnerei am Oberen Feld und die Bushaltestelle bedeuten. Der Protest formiert sich bereits.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Bürgermeister-Affront gegen Ergenzingen

Am 29. Dez. erschienen gleich drei Leserbriefe zum Themenkomplex Bodenschutz und verbale Stilblüte im Gemeinderat. Leider können die Tagblattleser solches nur der Leserbriefspalte entnehmen.

So offenbarte unser OB in der letzten Sitzung nicht nur, was er von Kühen hält, sondern was er auch Menschen zumuten möchte, deren Trauerfeier auf dem Friedhof stattfindet. Zum Antrag auf eine geschlossene Aussegnungshalle in Ergenzingen meinte Herr Neher:

„Wer nicht in die Kirche kann, der soll auch mit dem Umstand leben, dass er so eine Beerdigung macht.“

Dies bedeutet wohl, diese Menschen stehen verdient bei Hitze, Regen, Wind und Kälte im Freien. Herrn Neher's weiteres Argument lautete: „Bitte ins Leben investieren, nicht in den Tod.“ Dass eine Trauergemeinde zu den Lebenden gehört und eine würdige Beerdigung, unabhängig vom Glauben zu unserer Kultur, sollte auch einem OB bewusst sein.

Aber was kann man von einer Stadtspitze erwarten, die z.B. den Baisinger Friedhof als Ausgleichsfläche für Wohnbebauung zulässt, eine Klausur/Diskussion über den zunehmenden Flächenverbrauch ablehnt, jedem Gemeinderat empfiehlt den Flächenverbrauch per mitgeteilten Links im Internet selbst zu ermitteln und dazu viel Spaß wünscht.



Marlene Fischer
Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Rottenburg - Ergenzingen



Irmgard Kussauer
Ortschaftsrätin
Ergenzingen

Was wünschen sich die Einwohner von Ergenzingen? An der Seniorenweihnachtsfeier wurde ich, wie schon so oft, auf den Wunsch einer geschlossenen Aussegnungshalle angesprochen. Wie lange müssen wir bei Sonne, Regen und Schnee im Freien an der Aussegnungshalle stehen? Schon mehrere Jahre fordern wir im Ortschaftsrat gemeinsam eine geschlossene Aussegnungshalle.

Immer weniger Beerdigungen und Trauerfeiern finden noch in den Kirchen statt. Daher ist es nicht zu verstehen, warum die Stadt, auch für das kommende Jahr, Geld für eine Planungsrate im städtischen Haushalt mehrheitlich abgelehnt hat. Ja klar, 7 Mio. im Schätzle zu vergraben ist der Stadtverwaltung wichtiger, als uns eine geschlossene Aussegnungshalle zu ermöglichen. Ach ja, wir Ergenzinger sind ganz schön unverschämt, weil wir uns nicht daran gehalten haben keine Anträge im Haushalt anzumelden. So lautete die Aussage von zwei Gemeinderäten. Was ist da bitte unverschämt ... Wir, die Gemeinde, die der Stadt die meisten Gewerbesteuern Jahr für Jahr beschert. Das beste Beispiel einer später geschlossenen Aussegnungshalle haben wir uns Remmingsheim angeschaut. Erstaunlich, wie schön diese Halle geworden ist. Es ist eine selbstständige Gemeinde, die sich eine geschlossene Halle leisten kann. Wir Bittsteller müssen uns, mit dem, was die Stadt uns zugesteht, zufrieden geben und weiterhin bei Wind und Wetter im Freien an der Aussegnungshalle stehen.

Durchbruch in der Kindertagespflege Hartnäckigkeit lohnt sich

Kurz vor den Haushaltsberatungen und vor Weihnachten wurde eine wesentliche Verbesserung in der Kindertagespflege einstimmig vom Gemeinderat beschlossen. Jahrelang wurden Tagespflegeeltern als Billigstlösung für die Unterbringung von Unterdreijährigen behandelt, in die Bedarfsplanung für Kitaplätze wurden sie nicht einbezogen, geschweige zu Gesprächen darüber eingeladen. Im letzten Jahr hatte Rottenburg einen Gesamtbedarf von 549 Plätzen. Für Eltern gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Platz. Müsste die Stadt diese Plätze zur Verfügung stellen, kämen wesentlich mehr Kosten für Gebäude, Personal und laufende Unterbringung auf sie zu als die jetzt geplanten 146.000 Euro.

Die Landesregierung weigerte sich seit 2018, die Forderung des Städte- und Gemeindetages nach einer höheren Bezahlung anzuerkennen, so dass die Tagespflegeeltern nur 6,50 Euro pro Kind/ Stunde bekamen. Sie hatten ja auch keine höheren Ausgaben durch Energiekosten und Lebensmittel. Der Fördertopf für Sach-Investitionen für neue Tageseltern wäre leer und wurde nicht aufgestockt. Dabei werden jetzt von ihnen 300 Stunden an Maßnahmen zu ihrer Qualifizierung verlangt.

Nach vielen Gesprächen zwischen Tagespflegeeltern und Frau Beck vom Sozialausschuss entwickelte die Stadt jetzt ein „Rottenburger Modell“, das ab 1. Januar 2023 gilt. Es enthält zwei Elemente. Zum einen wird der Stundensatz entsprechend dem Städtetag von 6,50 auf 7,50 Euro angehoben, die Stadt legt noch einmal 50 Cent drauf, so dass er künftig 8 Euro beträgt. Zweitens gibt es einen Unterhaltskostenzuschuss (Raum, Miete, Energie) ab vier Kindern als Inflationsausgleich, der monatlich bis zu 200 Euro beträgt. OB Neher versprach im Gemeinderat, dieses Modell im Kreistag für alle Gemeinden im Landkreis Tübingen vorzuschlagen.

DIE LINKE wird OB Neher im Kreistag beim Wort nehmen und sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz verwirklicht wird und die Tagespflege-Eltern leistungsgerecht bezahlt und in die städtische Gesamtplanung einbezogen werden.

Dr. Emanuel Peter, Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

90 Jahre Mössinger Generalstreik gegen Hitler und Krieg

Gemeinsamer Aufruf zur Demonstration am 28. Januar 2023

„Heraus zum Massenstreik!“

Unter dieser Losung zogen am 31. Januar 1933 achthundert Arbeiter und Arbeiterinnen durch Mössingen. Soeben war die Macht im Staat an Hitler übertragen worden. Diesen Verbrecher zu stürzen, war ihr Ziel. Darum folgten sie dem Aufruf der damaligen Kommunistischen Partei zum landesweiten Streik, auch Männer und Frauen aus der SPD, viele von ihnen waren in der Gewerkschaft. So früh und so einhellig wie in Mössingen regte sich nirgendwo im Land der Protest gegen die Nazidiktatur.

Schon beim Kapp-Putsch 1920 hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter erfolgreich mit einem Generalstreik die Republik gerettet. Wäre dieses Mittel des zivilen Ungehorsams 1933 überall von einer einheitlich handelnden Bewegung eingesetzt worden, so wie in Mössingen, hätte die deutsche Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Der Welt wäre wahrscheinlich viel erspart geblieben.

Zum 90. Jahrestag wollen wir mit einer Demonstration am Samstag, den 28. Januar 2023 an diese mutigen Männer und Frauen aus Mössingen, Nehren, Talheim, Belsen, Bodelshausen und anderen Nachbarorten erinnern. Sie riskierten viel und wussten das. Über einhundert Menschen standen danach vor Gericht – wegen „Hochverrat“ und „Landfriedensbruch“. Sie zeigten in jener Zeit mehr politische Weitsicht als viele andere. Sie praktizierten Solidarität und Verständnis füreinander, ließen sich nicht gegeneinander ausspielen. An ihnen prallte die rassistische Hetze der Nazis ab. Sie wussten: Hitler bedeutet Krieg!

Daran wollen wir anknüpfen:

Auch in den heutigen Zeiten sozialer und ökologischer Krisen gefährdet Rechtsextremismus unsere Demokratien. Die Gesellschaften in vielen Ländern sind bunter als damals und das ist gut so. Gleichzeitig zerstört neoliberaler Kapitalismus die natürlichen Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Die Angst vor Standortnachteilen, Arbeitsplatzverlust und Verarmung befördert Nationalismen statt internationaler Solidarität. Standortinteressen sollen brutal und rücksichtslos durchgesetzt werden. In diesen Krisen wachsen Neofaschismus, Verschwörungsglaube und Rechtspopulismus. Sie bereiten die Machtbasis für gefährliche Populist*innen und Autokraten. Es werden Sündenböcke gesucht und in Minderheiten gefunden. Neofaschist*innen haben keine rationalen Lösungen und befeuern Kriege, ökologische Zerstörung und brutale Ungleichheit in unseren Gesellschaften. Denken wir an die Mössinger Arbeiter von 1933 und stellen uns der AfD und anderen rechten Organisationen entgegen. Nationalistische Mobilisierungen von rechten Rattenfängern führen uns sicher nicht aus der Krise!

Verteidigen wir die Demokratie!

„Illegal“ wäre die damalige Aktion in Mössingen auch heute. Wie schon seit den 1950er Jahren gelten politische Streiks immer noch als rechtswidrig. Aber ohne Mut zum zivilen Ungehorsam kann man sich weder einer Diktatur noch massiver Aufrüstung oder globaler kapitalistischer Zerstörung entgegenstellen. Deshalb braucht es auch den politischen Streik. Die Schüler*innen von „Fridays for Future“ haben damit begonnen. „People not Profit!“, das sollte auch unser Motto sein. In Tarifkämpfen und bei Sozialprotesten geht es immer und gerade jetzt darum, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten und sozial Schwachen aufzuhalten. Demokratisierung der Wirtschaft ist eine alte gewerkschaftliche Forderung. Sie ist aktueller denn je. Nur sie kann umfassend die Daseinsfürsorge in den Gesellschaften sichern.

Kämpfen wir für eine solidarische Zukunft! Bleiben wir der Weitsicht der 800 Mössingerinnen und Mössinger von 1933 verpflichtet! Erinnern wir uns an sie, wenn uns heute gesagt wird, es gebe keine Alternative zu den Zwängen einer globalen Marktwirtschaft, zu Konkurrenz und Ausbeutung.

Für eine solidarische Lösung der Klima-, Energie- und Ausbeutungskrise!

Für eine Demokratisierung der Wirtschaft!

Nie wieder Faschismus und Krieg!

DGB KV Reutlingen und Tübingen

GEW Reutlingen/Tübingen

IG Metall Reutlingen-Tübingen

Linke im Steinlachtal LiST

Ver.di OV Tübingen

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschist*innen VVN-BdA

Kurz und bündig

Artenschutz Ade

Der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir hat die EU-Regelungen zur Flächenstilllegung und zum Fruchtwechsel für 2023 außer Kraft gesetzt, um die Produktion von Nahrungsmitteln zu erhöhen. So dürfen jetzt Flächen, die für den Artenschutz gesichert waren, für den Anbau von Getreide, Sonnenblumen und Hülsenfrüchte genutzt werden. Während die FDP und der Bauernverband sofort Hurra riefen, kritisierte die Deutsche Umwelthilfe diese Maßnahme: „Eben weil wir die Ernährung von Menschen sichern müssen, dürfen nicht die viel zu wenigen und ertragsschwachen Artenschutzflächen weichen“, so Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraemer.

Es war einmal ein wunderschönes Schänzle

Mit einem Millionen-Aufwand wird seit langer Zeit das von vielen Einwohnern geliebte Schänzle systematisch zerstört, zuerst die schönen, schattenspendenden Bäume gefällt, dann die Wege zubetoniert, bis auf eine schmutzige Großbaustelle nichts mehr übrig blieb (siehe Fotos). Obwohl es für die Gaststätte Stellplätze im östlichen Bereich des Schänzle gibt und diese nur 100 Meter entfernt sind, sollen bei der Gaststätte zehn kostenpflichtige Parkplätze angelegt werden, zwei davon für Behinderte.



Fotos: E.Peter



Denn man wolle den Park mit einem Wasserspielplatz für Kinder „intensiv bespielen“, so Ordnungsamtsleiterin Nehle Betz. Außerdem sei das laut Jürgen Klein vom Tiefbauamt schon immer so geplant. Für die abgerissene Boccia-Bahn, die im aktuellen Bauabschnitt immer noch nicht enthalten ist, wurde eigens eine Kastanie umgesiedelt. Toll!

Dr. Emanuel Peter

Zweites städtisches Gymnasium

Hermann Steur hofft auf Gedächtnisverlust der Bevölkerung

In der Vorbereitung des dritten Bürgerentscheids in Rottenburg – Schlachthof: JA oder nein? - wird Michael Hahn vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Steur wegen einer angeblich „reißerischen Überschrift“ angegriffen, weil Hahn die politischen Folgen für die Zusammensetzung des Gemeinderats beleuchtet hat. Dabei verschweigt Steur wissentlich wichtige Details, was zu Falschaussagen führt.

Beim Bürgerentscheid 1993 hatte die CDU im Gemeinderat eine absolute Mehrheit. Der damalige OB Löffler kämpfte vehement gegen ein zweites städtisches Gymnasium. Doch die Elterninitiative am EBG bekam für ihre Forderung, die Schulraumnot durch einen Neubau zu beseitigen, in der Bevölkerung große Unterstützung, denn Löffler wollte zusammen mit Bischof Kaspar ein katholisches Privatgymnasium mit städtischen Geldern errichten. Es sollte Schüler und Schülerinnen aus der gesamten Diözese vom Bodensee bis nach Stuttgart aufnehmen und auch dem Priesternachwuchs helfen. Deshalb war es keine Lösung für die Schulraumnot am EBG, zumal dann das Geld für ein zweites städtisches Gymnasium nicht mehr reichte.

SPD rettet rückschrittliche CDU-Politik

Um den breiten öffentlichen Protest gegen diese CDU-Politik zu brechen, initiierte Steur (SPD!) unter dem Slogan „Konkurrenz belebt das Geschäft“ eine Initiative für das katholische Privatgymnasium. Beim Bürgerentscheid 1993 nahmen weniger als 30 Prozent (damaliges Quorum, heute 20 Prozent) der Wahlberechtigten teil. Aber die Teilnehmer stimmten zu über 60 Prozent für das städtische Gymnasium, nur gut 30 Prozent für das Privatgymnasium. Die Folge in der kommenden Kommunalwahl: Die CDU verlor ihre absolute Mehrheit, diese Entwicklung setzt sich bis heute fort. Die Wählerinitiative Rottenburg (WiR) gewann auf Anhieb drei Sitze und „pflügte“ damit die verkrusteten Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat um. Da die Schulraumnot am EBG weiter bestand, die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat sich verändert hatten und Klaus Tappeser neuer OB werden wollte, musste er der hartnäckigen WiR unter Ute Drews das Zugeständnis eines zweiten städtischen Gymnasiums machen. „Dass es später ein zweites städtisches Gymnasium gab, hatte nichts (!) mit dem Bürgerentscheid zu tun.“ So sehen „Wahrheiten“ eines Hermann Steur aus!

Dr. Emanuel Peter, Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Polizei**offiziell** Räumung abgeschlossen

Und jetzt?

Eine Beurteilung der Vorgänge um die Räumung des Braunkohleabbaus um Lützerath scheint nicht einfach, denn es überschneiden sich klimapolitische und „energiesicherheitspolitische“ Aspekte. Immer deutlicher tritt der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zutage. Es zeigt sich ein gesamtpolitisches Dilemma, das nicht nur die Grünen belasten wird.

Wie lassen sich der Verzicht auf Strom aus Kernenergie, aus relativ billigem Gas aus Russland und aus Kohle mit dem „Hunger nach Strom“ vereinbaren? Die Digitalisierung und die sogenannte e-Mobilität fördern die Sucht nach Strom. Was tun?

Russisches Pipeline-Gas durch Flüssiggas (LNG) aus den USA und anderen Ländern zu ersetzen, scheint nicht gerade die klimafreundlichere Lösung zu sein und gleichzeitig Russland ruinieren (Annalena Baerbock, Außenministerin, Grüne) zu wollen und das Klima zu retten, scheint auch wenig vereinbar.

Die Zuverlässigkeit der Energiegewinnung aus Luft und Sonne wird auch in Frage gestellt. Wie sicher ist „Flatterstrom“? Nicht nur von Befürwortern der Atomenergie und der fossilen Energien wird betont, dass die erneuerbaren Energielieferanten nicht so gleichmäßig und berechenbar liefern wie fossile. Dies betont auch der Energieexperte der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Erst vor wenigen Tagen warnte der Stromnetzbetreiber TransnetBW vor zu hohem Stromverbrauch auf seiner App StromGedacht (Welch treffender Name! Ein Besuch auf der Homepage lohnt.)

Man kann es sich leicht machen und Putins sogenannten Angriffskrieg für alles verantwortlich machen, wenn es nicht so klappt, wie es sollte. Wir müssen mehr Kohle verstromen, weil Russland sich weigert, Gas zu liefern. Darf man von Geschichtsklitterung sprechen, wenn man die Vorgeschichte einer Entwicklung unterschlägt? Also ran an die Kohle! (Sehr wohl auch in doppeltem Sinn zu verstehen.)

Es gibt Leute, die an das völkerrechtlich verbindliche Pariser Abkommen von 2015 erinnern, wodurch alles getan

werden müsse die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. In diesem Zusammenhang wird auch auf Art. 20a

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

GG verwiesen. (s. Kasten) Sie verweisen darauf, dass die weiter Verbrennung diesem Ziel widersprechen und begründen damit ihren Protest gegen den weiteren Abbau von Braunkohle.

In der Berichterstattung in den Medien wurden vor allem Szenen mit Gewaltanwendung beschrieben und gezeigt, nicht der friedliche, bürgerliche Protest, denn der erregt wenig Aufmerksamkeit.



Aber Aufmerksamkeit ist auch das Ziel der Protestierenden, sei es durch spektakuläre Aktionen oder bekannte Unterstützer. Greta

Thunberg ist hier „wertvoller“ als Lieschen Müller.

Wenig Beachtung fanden die dahinter zu beantwortenden Fragen:

Welche Regeln müssen eingehalten werden und wer bestimmt die Regeln? Was ist Gewalt bei Demonstrationen? Gibt es Protestformen, die sich im Vorhinein ausschließen? Wer hat zuerst mit Gewaltaktionen begonnen? Wie werden sie definiert? Was ist passive, was aktive Gewalt? Was sind Gewaltexzesse?

Welche gemeinwohlorientierte Ziele (1,5 Grad Erderwärmung verhindern) erlauben welche Mittel? Sind die Proteste überhaupt legitim, wenn bereits Gerichte über den Protestgegenstand entschieden haben?

Müssen sich Nichtbeteiligte an einen Kompromiss halten, den sie für einen fragwürdigen Deal (zwischen den Grünen und RWE) halten, dessen Logik für sie nicht nachvollziehbar ist und dessen Einhaltung für die lebensbedrohlich erscheint, ihre Lebensgrundlagen

angreift? (Ist das Verbrennen von Kohle mit dem angeblich angestrebten Klimaschutz zu vereinbaren? Abbaggern, verbrennen, Klima schädigen.)

Im Grunde geht es aber nicht nur um Einzelfragen. Es geht um die Glaubwürdigkeit politischer Ziele und politische Entscheidungswege. Demokratie hat sehr viel mit Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu tun. So tun als ob, ist Heuchelei und ist nur Fassade, hinter der sich etwas ganz anderes abspielt als davor erzählt wird.

Gleichgültig wie man zu den Aktionen steht, gleichgültig wie man sie bezeichnet, ob es wohlmeinende Aktivisten sind oder Störer, es geht um **ihre** Zukunft und derer, die ihnen nachfolgen, wenn es nach der „letzten Generation“ überhaupt noch eine geben sollte. Man wünschte den Kritikern ein so langes Leben, dass sie die getroffenen Entscheidungen mitertragen müssten.

Sie haben etwas zu verlieren. Wer nicht zu verlieren hat, geht nicht auf die Straße und stapft durch regenmatschiges Gelände. Sie nehmen keine Vorrechte in Anspruch, nur ihre grundgesetzlich verbürgten Rechte. Wer sie deshalb angreift, hat von unserem demokratischen System und von unsere Rechtsstaat nichts begriffen und sollte den Mund halten. Wer die Begriffe demokratisch und Demokratie missbraucht, auch der delegitimiert den Staat. Auch Demonstranten haben das Recht von der Polizei geschützt zu werden

Sachgerechte Auseinandersetzung statt Kriminalisierung muss das Ziel sein. Wer zu Bezeichnungen wie Klimaterroren, Klimaextremisten, Klima-RAF (Nur wer weiß noch, was die RAF war?) greift, diffamiert Personen, deren Engagement anerkannt werden sollte.

Lützerath ist ein symbolischer Ort, aber es ist der falsche Ort. Die Bewohner sind längst weg, der Abbau formal genehmigt. Es geht nicht um Abbau, es geht um die Verbrennung. Wer verbrennt und verdient daran? Demos vor RWE-Verwaltungen und Kraftwerken würden die Gewinnler ins Bewusstsein rücken. Die staatliche Polizei würde wohl private Profitinteressen mit Gewalt schützen. Ein deutliches Signal.

Norbert Kern, Wendelsheim

Global denken – lokal handeln

Haushaltsrede der Rottenburger Linken Dezember 2022

Die Diskussion über die Energiekrise und den kommunalen Windpark in den letzten Monaten hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Leitidee „Global denken – lokal handeln“ zum Ausgangspunkt unserer Beschlüsse im Gemeinderat zu machen. Unser Land und unsere Kommunen befinden sich durch die Corona-Pandemie, durch die Klima-Zerstörung und durch den verbrecherischen Überfall Russlands auf die Ukraine in einer Abfolge tiefer Krisen. Jede Krise ist ein Appell, aus vergangenen Fehlern zu lernen und neu zu starten. Die bisherige Zeitenwende weist jedoch in die Gegenrichtung, indem sie vergangene Fehler sogar noch verschärft und unsere Kommunen in Gefahr bringt. Nicht nur die Abholzung des Regenwaldes in Brasilien gefährdet unser Leben, auch in Deutschland werden täglich 60 Hektar fruchtbare Flächen mit Folgen für die Artenvielfalt unwiederbringlich versiegelt. In Rottenburg sollen der Steinbruch Frommenhausen (4,4 Hektar) und der Bischoffsee (rund 9 Hektar) zur Kiesgewinnung erweitert werden, durch den Bau von Bundes- und Landesstraßen gehen immer mehr Ackerflächen verloren.

Die so genannten Entlastungsprogramme der Regierung enthalten nicht einmal einen Rettungsschirm für Kommunen wie nach der Finanzkrise 2008. Daher können wir unsere Pflichtaufgaben in der Daseinsvorsorge kaum noch erfüllen: Kitas, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime befinden sich im Dauernotstand. In den Kinderkliniken bedroht der Mangel an Personal und Medikamenten direkt das Kindeswohl. Das zeigt, dass die Politik der schlanken Staates der letzten Jahre zu einem **Scherbenaufen unseres Sozialstaats** führt. Die Schwarze Null kann nur noch über Schattenhaushalte zu Lasten der kommenden Generationen gehalten werden, in Rottenburg müssen 2024 erstmals Schulden aufgenommen werden, um verschleppte Investitionen der schultern.

Die Politik der Bundes- und Landesregierung ist eine Zeitenwende zum Schlimmeren. Sie verschärft die soziale und politische Spaltung unserer Gesellschaft, so dass selbst Mitglieder des Sachverständigenrates der Bundesregierung höhere Steuern für die kleine Schar der Superreichen fordern. Denn sie haben sich in den letzten fünf Jahren die Taschen vollgestopft: Während die Vesperkirchen und die 960 Tafeln in unserem Land überrannt werden und jedes fünfte Kind in Armut aufwachsen muss, ist das reine Geldvermögen – also ohne Immobilienbesitz – laut Deutscher Bundesbank in den letzten fünf Jahren um 32 Prozent gewachsen und beträgt jetzt 7,6 Billionen Euro. In diesem Kriegsjahr werden die DAX-Konzerne **Rekordgewinne in Höhe von 54 Milliarden Euro** ausschütten und damit Brechts Motto bestätigen: Wäret ihr nicht arm, wären wir nicht reich!

Sie werden sich fragen: Warum holt Herr Peter mal wieder so weit aus? Wir sind doch in der Haushaltsdebatte. Genau! Viele vergessen, dass über die Kommunalhaushalte rund 70 Prozent aller öffentlichen Gelder – zumeist aus Steuern – vergeben werden. Das bedeutet, dass sie ein wesentliches Steuerungsmittel für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft sind. Eine Folge der Schwarzen Null und der Schuldenbremse ist jedoch, dass die Landesregierung immer mehr Kosten für Aufgaben, die sie beschlossen hat, auf unsere Kommunen abwälzt und das Prinzip „Wer bestellt, der bezahlt“ (Konnexitätsprinzip) mit Füßen tritt. Nur ein Beispiel: Jedes fünfte Jahr muss Rottenburg für 1,5 Mio. Euro alle digitalen Endgeräte in den Schulen erneuern, hinzu kommen Kosten für Wartung, Support und Ersatz. Seit Jahren weigert sich die Landesregierung, die Folgekosten dafür in Höhe von 760 Mio. Euro zu bezahlen, der neue Doppelhaushalt enthält keinen Cent dafür. **Die Landesregierung verschenkt lieber ihren Dubai-Pavillon für 15 Mio. Euro, als Kitas und Schulen mit ausreichend Personal auszustatten.** Ein Ergebnis ist, dass viele Grundschüler beim Übergang in weiterführende Schulen nicht einmal Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen besitzen.

Auch wenn wir nicht die Bundes- und Landesgesetze beschließen, sind wir doch verantwortlich dafür, was im Kleinen in unserer Großen Kreisstadt passiert. Gemäß dem Leitsatz „Global denken, lokal handeln“ wollen wir unseren Beitrag für eine soziale und ökologische Zeitenwende leisten, um das internationale 1,5 Grad-Ziel der Erderwärmung einzuhalten. Deshalb beantragen wir zum wiederholten Mal eine **Klausurtagung zur Planung des Flächenverbrauchs, um der unkoordinierten Versiegelung entgegenzutreten.** Unbebaute Flächen sind wichtig für die biologische Artenvielfalt und die Versorgungssicherheit mit Grund- und Trinkwasser. Hier brauchen wir einen Konsens über den Verbrauch für Infrastruktur, durch Straßenbau, durch Gewerbeansiedlung, öffentliche und private Gebäude. Um den CO₂-Abbau durch Wälder zu fördern, wollen wir auch mit einem 1.000-Bäume-Programm beginnen, das in den nächsten Jahren weitergeführt wird.

Die Zukunft von uns allen und auch der Industrie beginnt mit Entwicklungschancen für unsere Kinder! Gerade hat die Kultusministerkonferenz aller Bundesländer gefordert, in den Grundschulen die Kernkompetenzen in Deutsch und Rechnen massiv zu stärken. Für uns beginnt die Sprachförderung in der Kinderbetreuung, denn für junge Kinder unter drei Jahren ist die sprachliche Entwicklung der Schlüssel für ihr Denken und ihre soziale Teilhabe. Dafür benötigen wir für die Kernstadt und die 17 Stadtteile mindestens vier Sprachlehrkräfte sowohl für Kinder wie auch für die Fortbildung der Fachkräfte. >>>

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Neben dieser Voraussetzung für die geistige Entwicklung ist uns die Gesundheit unserer Kinder besonders wichtig. Durch Corona und andere Ursachen nehmen Adipositas und Fehlentwicklungen in der Ernährung stark zu. Aus diesem Grund treten wir ein **gebührenfreies und qualitativ gutes Mensa-Essen** ein. Das ist nicht unsere schlaue Idee, sondern die des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz. Er schlägt eine Win-Win-Situation für nachhaltige Ernährung in Kitas und Schulen vor, die Gesundheit, Soziales, Umwelt (einschließlich Klima) und Tierwohl miteinander verbindet. Sie kann zu einer umfassenden Transformation des heutigen Ernährungssystems führen, wenn dies vor Ort in den Kommunen umgesetzt wird. Dafür schlagen wir eine Planungsrate vor, um diesen Weg zu beschreiten.

Insgesamt brauchen wir eine **Verlässlichkeit für eine qualitativ gute Kinderbetreuung**, wie sie im Orientierungsplan des Landes vorgesehen ist. Berufstätige und vor allem Alleinerziehende müssen sich auf Betreuungszeiten verlassen können. Fachkräfte dürfen nicht durch Krankheitsfälle, Fortbildung, Dokumentation und Elterngespräche ausfallen oder wegen Dauerüberlastung kündigen. Deshalb muss die Personalreserve so angehoben werden, dass Personalausfälle ausreichend berücksichtigt werden. Zum System einer verlässlichen Kinderbetreuung gehört unbedingt eine verbesserte Bezahlung und Berücksichtigung der Kindertagespflege, wie sie der Landesverband der Kindertagespflege vorschlägt und durch Landkreis und Kommune verwirklicht werden sollte.

Warum stellen wir diese Anträge? Wir sind nicht nur für die allseitige Entwicklung der Kinder in unserer Stadt verantwortlich. Sondern wir gehen von der Erkenntnis aus, dass von ihnen die Entwicklung unserer gesamten Gesellschaft abhängt: Wer erfindet und produziert neue Waren und Lebensmittel? Wer bildet und unterrichtet später einmal unsere Enkel? Wer pflegt die älteren Menschen? Wer trägt unsere Kultur und Traditionen weiter? Wer engagiert sich für Umwelt und Demokratie? Für all dies ist die heutige Generation die Grundlage. Deshalb haben wir nicht nur eine Verantwortung für jedes einzelne Kind, sondern für die Gesamtheit aller Kinder als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat

„DIE LINKE“
Rottenburg

Landwirtschaft missachtet

Leserbrief

Geht es beim Bürgerentscheid „nur“ um den Schlachthof? Mitnichten! Natur und Landwirtschaft sind Lebensgrundlagen für uns. Aber die Verwaltungsspitze mit ihrem politischen Gefolge zerstört seit Jahren diese Grundlage: Auch gutes Fleisch gehört zu einer ausgewogenen Ernährung.

Rinder, Schafe und Ziegen sind Teil der Landschaftspflege, regionale Schlachthöfe sind Teil von beidem – alles greift ineinander. Die Verwaltung betreibt seit Jahren eine Vernichtung von Agrar- und Waldflächen, da Gewerbe angeblich mehr Steuern abwirft. Sie gefährdet damit unsere regionale Versorgung in Zeiten von Krieg und Pandemie.

26 Hektar Ackerfläche sollten am Galgenfeld mit Gewerbe zugepflastert werden, 4,4 Hektar Wald und Acker sind es am

Steinbruch Frommenhausen, 40 Hektar am Flugfeld Baisingen sind in Geheimplanung, vom Ausbau der B 28 neu ganz zu schweigen.

Für Getreidesilos sucht Rebio (Riegelwiese) seit sieben (!) Jahren eine Erweiterung für seine vollen Silos, um weitere 1.000 Tonnen Brotgetreide von rund 200 Bauern in fünf neuen Silos trocken lagern zu können – kein einziges Angebot der Stadt im Gewerbegebiet.

Stimmen Sie mit JA, um diese Missachtung von Natur und Landwirtschaft umzukehren.

Dr. Emanuel Peter, Rottenburg

Kurz und bündig

Corona-Impfstoff im Überfluss

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist aufgrund seiner Fehleinschätzung nach zwei Jahren Pandemie-Erfahrung mit Corona für 151 Mio. überschüssige Impfdosen verantwortlich, davon wurden bei Biontech (Mainz) allein 96 Mio. Dosen bestellt. Bis zum Jahresende 2023 wurden weitere 130 Mio. Impfdosen bei verschiedenen Herstellern geordert. Ob nach Afrika jetzt China sich als dankbarer Abnehmer zeigen wird?

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Klare Worte vor vernebeltem Hintergrund

Mit diesem Text habe ich es mir nicht zur Aufgabe gemacht, einen gestandenen Journalisten ins Wort zu fallen, der wahrscheinlich für sich in Anspruch nimmt, seriös zu arbeiten. Aber unwidersprochen muss sich der Leser nicht alles gefallen lassen. Also hier der Versuch einer Antwort.

Der Leitartikel ist ein Meinungsbeitrag. Jeder hat das Recht auf seine eigene Meinung - der andererseits widersprochen werden kann - begrenzt unter anderem durch das Recht der persönlichen Ehre.

Leider nennt der Leitartikler keine Namen, aber täte er das, dann bestünde wahrscheinlich schon die Möglichkeit einen Angriff auf die persönliche Ehre festzustellen.

„Zurück bleibt nach Tagen der Gewalt ... „ Nach dieser Einstimmung auf die Tonlage des Kommentars, geht es weiter mit „gut eingeübte Krawallfolklore“, „Protestshow“, „schicke Widerstandsbilder“, „die destruktive, an Endzeitsekten erinnernde Gruppe“, „der Kampf fürs Klima ein Karneval ritueller Selbstbestätigung“.

Aktivisten sind für den Schreiber „Agenten der reinen Lehre“ - lies: unbelehrbar, verstockt, begriffsstutzig ... Es sind schöne Bezeichnungen, aber ist

es nicht eher ein Suhlen in Diffamierungsformulierungen?

Genügt der Diffamierungswortschatz nicht allein, dann muss natürlich zur Radikalismuskeule gegriffen werden: „Die Grenzen zu linksradikalen, anti-kapitalistischen Organisationen sind in der Bewegung daher längst fließend.“ Soll mit dem Begriff „Bewegung“ etwa eine Verbindung zur völkischen Bewegung im Nationalsozialismus hergestellt werden, kurz: zum Rechtsextremismus?

Bezüglich des Ortes Lützerath spricht der Autor von „... einem seit Jahren verlassenem Weiler ohne Zukunft an der Abbruchkannte eines Braunkohle-Tagebaus.“ Stimmt, aber der Weiler wurde nicht freiwillig verlassen. Die Bewohner wurden, so die Wirklichkeit „umgesiedelt“ - lies: vertrieben.

Dass die Relevanz des CO₂ - Beitrags der Kohle unter Lützerath bezogen auf das Weltklima zu vernachlässigen ist, stimmt. Aber was soll hier die Methode der Relativierung. Vergleich: Anteil

der Verkehrstoten in Deutschland in Bezug auf Verkehrstote weltweit. Irrelevant! Was heißt das für die Angehörigen der Verkehrstoten in Deutschland. Soll das heißen: Habt euch nicht so!?

Der Verfasser mag den Kompromiss für vernünftig halten, aber er unterschlägt, dass im Gegenzug zwei (veraltete?) Kohlekraftwerke bis 2024 weiterbetrieben werden, die Ende 2022 abgeschaltet werden sollten und dass die Entschädigung für RWE in Höhe von 2,6 Mrd. Euro erhalten bleibt. Wie steht es mit der

Einhaltung der Vereinbarung von Paris von 2015?

Wo stehen denn, weltweit saubere Technologien vor dem Durchbruch. Das kann nur heißen: Sie kommen vielleicht irgendwann - mit wolkenverhangener Sonne und lauen Lüftchen zumindest nicht mit Windrädern um Wendelsheim.

Ich warte auf den hoffnungsfrohen Häuptling einer optimistischen Zukunftssekte. Wird's der Leitartikler?

Norbert Kern, Wendelsheim

Wo gelesen? - Schwäbisches Tagblatt, 17. Januar 2023, S. 2, Leitartikel



DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- ◇ **Infostand von DIE LINKE**
- ◇ **Samstag, 21. Januar 2023**
- ◇ **10 - 12 Uhr**

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
ab 19.00 Uhr, Gaststätte Engel
Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)
Termin noch offen

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg